Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 218. Abendblatt. Montag, den 11. Mai 1868.

Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Se. Maj. der König empfing gestern Morgen den Kammerherrn Baron v. d. Lancken, welcher von Baden-Baden, wohin er die Königin Augusta geleitet hatte, hierher zurückgekehrt ist, nahm hierauf die Vorträge des Militär-Kabinets und des Geheimen Hofrathes Borck entgegen und fuhr Nachmittags, in Begleitung des Flügel-Adjutanten Majors Prinzen Anton Radziwill, nach der Neanderstraße und besichtigte in der Königlichen Glasmalerei, geleitet vom General v. Frankenberg, die ausgeführten Arbeiten. Um 4 Uhr hatte der brasilianische Gesandte Vianna de Lima die Ehre, im Beisein des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck in einer Privat-Audienz seine Kreditive als Repräsentant beim Präsidium des norddeutschen Bundes zu überreichen und begab sich alsdann der König nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck in das Schloß Monbijou, woselbst bei der Prinzessin Louise, Landgräfin Alexis von Hessen, das Diner eingenommen wurde. Abends nach dem Schluß des Theaters fuhr der König nach Schloß Babelsberg und nahm dort das Nachtlager. Heute Vormittags wohnt der König mit den Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses, die um 9½ Uhr per Extrazug sich nach Potsdam begeben, dort dem Gottesdienste in der Hof- und Garnisonkirche bei. Mittags sind zur Kirchenparade im Lustgarten befohlen das Garde-Jäger- und das Lehr-Infanterie-Bataillon, sowie die Kriegs- und Unteroffizier-Schule, hernach findet das Dejeuner im Stadtschlosse statt.

— Der Kronprinz wird morgen auf seiner Rückreise von Italien von der Königin und dem Großherzoglichen Hofe in Baden zu einem kurzen Besuch erwartet.

— Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Gesandten von Oesterreich und Frankreich das Pfortenkabinet wegen der letzten Reformen offiziell beglückwünscht haben. Der russische Botschafter erklärte dem Großvezir, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen habe und der türkischen Regierung die volle Aktionsfreiheit lassen müsse.

— Die tunesische Angelegenheit scheint Seitens Frankreichs mit Energie angefaßt zu werden. Man ist, so wird au Paris geschrieben, fest entschlossen, wie die Engländer Theodorus gegenüber, auch diesmal gegen den Bey durch Entfaltung der französischen Macht das „Prestige" des Kaiserreichs im Orient neu zu beleben. Schon einmal, im Jahre 1865, war die französische Regierung gezwungen gewesen, gegen den Bey scharf aufzutreten, weil er sich geweigert, für die Mißhandlung mehrerer französischer Unterthanen Genugthuung zu geben. Freilich hatte damals sein Widerstand nicht lange gedauert. Heute scheint man Willens zu sein, den Herrscher von Tunis an der empfindlichsten Seite zu treffen und die Zölle mit Beschlag zu belegen. Man ist um so aufgebrachter, als kurz vorher ähnliche Forderungen, wie die Frankreichs, vom Florentiner Kabinet aufgestellt, vom Bey bewilligt worden sind. Weitblickende Politiker meinen freilich, daß dieses alles im Grunde nur Vorwand sei, um Tunis an Algier annektiren zu können. Aber es ist kaum denkbar, daß man jetzt ernstlich an die Eroberung der verkommenen, hungerleidenden Präsidentschaft denkt, um so mehr, als es kein Geheimniß ist, daß die englische Regierung im Gegentheile die völlige Rückkehr des Paschaliks unter die Oberhoheit der Pforte begünstigt.

— Dem „Dresdener Journal" wird telegraphirt: Gerüchtweise verlautet heute, daß der Schluß des Zollparlaments etwa zum 18. Mai und dann Anfangs Juni — nach erfolgter Zurückziehung der Gewerbe-Ordnung — der Schluß des Reichstags erfolgen dürfte. Im Herbst würde dann der Reichstag zur Berathung des Bundes-Etats wieder zusammentreten.

— Die Zahl der hannoverschen Legionäre, welche sich bis zum 1. d. Mts. bei der preußischen Botschaft in Paris behufs ihrer Rückkehr nach der Heimath gemeldet hatten, belief sich auf 135; andere 200 wurden aus verschiedenen Ortschaften erwartet. Danach würde jeder größere Theil der Legion auf der Rückkehr nach der Heimath begriffen sein.

— Während die große Mehrzahl der hannoverschen Legionärs aus irregeleiteten und betrogenen jungen Leuten besteht, finden sich unter ihnen doch auch solche, die selbst dem Schwindel und Betrug ergeben sind. So haben Einzelne von Denen, welche sich bei der preußischen Botschaft in Paris mit dem Gesuch um Unterstützung zur Heimkehr gemeldet, das erhaltene Geld in die Tasche gesteckt, und scheinbar die Rückreise angetreten, aber auf der nächsten Station die Eisenbahn wieder verlassen.

— Das „Regensburger Morgenblatt" meldet, daß in der „süddeutschen Fraktion" die Verwahrung gegen die Adresse „nach einer dreistündigen heißen Debatte" mit großer Mehrheit beschlossen wurde (über den Standpunkt der Minorität wird nichts gesagt). Mit Abfassung der Verwahrung wurde eine Kommission betraut, bestehend aus folgenden fünf Mitgliedern: Baron Zu-Rhein und Dr. Jörg (Baiern), v. Neurath und Probst (Würtemberg), Dr. Roßhirt (Baden). Ein anderer Brief charakterisirt kurz die unter den norddeutschen Abgeordneten herrschende Ansicht. Die Einen wollen Süddeutschland sogleich, die Andern erst später in den norddeutschen Bund ziehen, während wieder Andre „die Einverleibung überhaupt nicht wünschen, sondern eine Dezentralisation und einen föderalistischen Verband anstreben." Schließlich heißt es: „Im Parlamente dahier, wie früher in Frankfurt, dominirt das Fraktionswesen; größere Fraktionen verständigen sich und geben zum Voraus die Entscheidung, ehe auch nur die Plenarverhandlung beginnt. Das Fraktionswesen wird das parlamentarische Leben noch zu Grunde richten. Wir fanden diese Lage vor und mußten daher auch unsere Verbindungen suchen. Wir werden nun in Zukunft mit den preußischen Konservativen operiren und dadurch zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen."

— In den nächsten Tagen beabsichtigt die demokratische Gesellschaft hierselbst eine große Volksversammlung abzuhalten. Wie die „Voss. Ztg." vernimmt, wollen in derselben die Zollparlaments-Abgeordneten Kolb, Freiesleben, Tafel der Aeltere, Oesterlen, Dr. Ammermüller, Bebel, Liebknecht, Graf v. Baudissin, „einerseits der Berliner Einwohnerschaft ihren politischen Standpunkt klar legen und andererseits sich gegen den oft erhobenen Vorwurf der Preußenfeindlichkeit vertheidigen."

— Zollparlament. 9. Sitzung vom 9. Mai. Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Tische der Bundes-Kommissarien: Präs. Delbrück, v. Watzdorf, v. Linden. Die Bänke des Hauses sind äußerst spärlich besetzt. Der Präsident zeigt an, daß dem Zoll-Parlamente heute Morgen der Gesetz-Entwurf wegen Besteuerung des Tabacks zur Beschlußfassung zugegangen sei. Der Entwurf enthält, so bemerkt der Präsident, 14 Paragraphen und verbreitet sich über die Besteuerung des im Zollvereinsgebiete erzeugten Tabacks, spricht dann von einer Vergütung der Steuer für den in das Ausland versendeten Taback und schlägt einen Zoll von dem vom Auslande eingehenden umbearbeiteten Taback vor &c. — Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage erhebt sich eine kurze Debatte, in welcher der Präsident Delbrück auf eine Anfrage des Abg. Lasker erklärt, daß morgen, spätestens übermorgen eine Vorlage des Bundesrathes, betr. die Revision des Zolltarifs, eingehen wird. Auf Antrag des Abg. Twesten beschließt das Haus, die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der Tabacksvorlage bis nach Eingang dieser neuen Vorlage auszusetzen. Auf der Tagesordnung steht die Vorberathung im Plenum über den Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich. Es findet zunächst eine allgemeine Diskussion statt. — Für den Vertrag melden sich 6, gegen denselben 9 Redner. Der erste Redner ist der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Meine Herren, ich werde für den Vertrag stimmen, weil ich in demselben einen neuen Schritt vorwärts in der wirthschaftlichen Entwickelung und in dem handelspolitischen Völkerrecht erblicke. Oesterreich steht nach diesem Vertrag mit uns auf demselben Boden der Handelspolitik und wir müssen deshalb über einige Mängel des Vertrages hinwegsehen. Wir haben keinen Grund, dieser Mängel wegen den Vertrag abzulehnen, weil bei künftigen Verträgen, die Preußen abschließt, die Lage eine andere sein wird, so daß aus unserm heutigen Beschlusse kein Präjudiz erwachsen kann. Die Volksvertretung hat künftigen Verträgen gegenüber eine ganz andere Stellung, als solchen Verträgen gegenüber, die der Vergangenheit angehören. Man hat gegen den Vertrag eingewendet, daß derselbe nicht völlig gleichmäßige Tarife aufstelle. Die Anhänger einer solchen Theorie stellen ein Ideal auf, denn ein solcher Handelsvertrag findet sich in der ganzen Welt nicht. Gerade vom schutzzöllnerischen Standpunkte aus läßt sich ein solches Verlangen am wenigsten rechtfertigen. Nach dieser Theorie müssen die Zölle in dem Lande, welches unter ungünstigen Konjunkturen arbeitet, höher sein, als in dem Lande, welches unter günstigeren Konjunkturen arbeitet. Auch vom finanziellen Standpunkte läßt sich der Grundsatz der völligen Gleichheit der Tarife nicht rechtfertigen. Der Redner erörtert darauf die Kompetenz des Zollparlaments, die sich nur auf die Außenzölle, aber in Betreff der Fragen der innern Besteuerung, der Kommunal-Abgaben. völlig ausgeschlossen sei. „Ich bin überzeugt", bemerkt er, „daß es aus diesem Dilemma einen Ausweg giebt, und ich habe das Vertrauen zu der Weisheit des Bundesraths und der Majorität dieser Versammlung, daß der Weg, uns aus dieser Schwierigkeit herauszubringen, gefunden wird. Im Vertrauen auf diese Weisheit bin ich für den Vertrag; ich würde aber auch für den Vertrag sein, wenn ich dieses Vertrauen nicht hätte, weil derselbe nicht ein separirtes Glied in der Kette der wirthschaftlichen Entwickelung. Trotz aller Fehler kann sich von dem Vertrage nichts Anderes sagen lassen, als daß er das Mögliche erreicht. Ich bitte Sie, für den Vertrag zu stimmen, weil er das Gute ist und weil das Bessere der Feind des Guten ist. (Bravo.)

Abg. Mohl (Stuttgart): Der allgemeine Wunsch in Süddeutschland war die Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein bis zu dem Jahre 1866. Oesterreich ist aus der Handelspolitik und auch aus der Politik Deutschlands ausgeschieden. Was des Namens eines Süddeutschen würdig ist, muß heute noch den Wunsch hegen, daß uns Oesterreich so nahe als möglich verbunden wäre, was im Interesse von ganz Deutschland liegt. Aber wir können als politische Männer uns darüber nicht täuschen, daß das Ausscheiden von Oesterreich jetzt eine so enge Freundschaft in der Handelspolitik mit Oesterreich, wie ich sie wünsche, unmöglich gemacht hat. Es sind in dem Vertrage Positionen enthalten, welche nicht Oesterreich, sondern dem Auslande zu Gute kommen. — Der Redner entwickelt demnächst die Vortheile der Schutzzölle, über welche im Zollverein genügende Erfahrungen gemacht worden seien. — „Meinen Sie denn, meine Herren, daß, wenn wir die Bahn des Freihandels betreten würden, Rußland sein Zollsystem ändern, Italien und Frankreich uns folgen würden? Wir sollten uns erinnern, daß die Eisenhütten und die Eisenindustrie, daß der große deutsche Gewerbefleiß Millionen Menschen ernährt. Wenn Sie den Seestädten folgen, so werden Sie Unheil stiften, wie der Freihandel ja überhaupt das Gewerbe ruinirt. (Heiterkeit.) Sie werden die Macht der Seestädte vermehren, allein Sie werden das deutsche Vaterland ruiniren. (Heiterkeit.) Sie vermehren und erweitern das Kapital in England und Amerika und thun es auf Kosten des deutschen Gewerbefleißes. Ich komme jetzt zu dem Handelsvertrage selbst. Es sind nur wenige Artikel, aber diese sind um so ernster bedroht. Die Eisen- und die Leinen-Industrie: England, Frankreich und Belgien sind uns in einem so hohen Grade überlegen, daß wir den Zoll festhalten müssen. Hier ist einer unserer großen National-Industriezweige geschädigt und einem Vertrage, der dies thut, können wir nicht zustimmen. Ebenso sehen wir die Hochofen-Industrie ernstlich bedroht durch Herabsetzung des Roheisenzolles um 50 pCt. Aus diesen Gründen müssen wir gegen den Vertrag stimmen, so schwer es uns wird. — Abg. v. Hennig: Der Vorredner hat im Jahre 1833 dem Könige von Würtemberg eine Denkschrift überreicht, in welcher er vor dem Eintritt in den Zollverein warnte und den Untergang Würtembergs daraus prophezeite, der demnächst auch eingetreten ist! (Heiterkeit.) Mir sind auch die Aeußerungen desselben bekannt, mit welchen derselbe in der würtembergischen Kammer die Bedingungen charakterisirt hat, unter denen er in diese Versammlung eintreten wollte. (Hört! hört!) Ich unterlasse es vorläufig, darauf einzugehen. — Auch ich gehöre zu denjenigen, welche eine enge Verbindung mit Oesterreich in handelspolitischer Beziehung wünschen, daß uns aber diese Verbindung in unserer Stellung stärken könnte, vermag ich nicht einzusehen. Der Vorredner hat uns die Segnungen des Schutzzolles geschildert; er hat aber nicht daran gedacht, welche Gefahr der Schutzzoll auf der anderen Seite für die bestehende Industrie herbeigeführt hat. Wir verlangen den allmähligen Fortschritt auf dem Wege der Freiheit des Menschen. Hüten wir uns doch, die veralteten Theorieen immer als die allein seligmachenden zu proklamiren. Ein Land, welches jede Lebensader mit Schutzzöllen unterbindet, muß zuletzt verarmen. Die gänzliche Aufhebung der Zölle will auch kein Freihändler. Zölle müssen bestehen bleiben, aber nur in der Weise, daß sie ein finanzielles Resultat haben für den Staat; alle anderen Zwecke sind untersagt. Ich stimme für den Vertrag, weil ich darin einen wesentlichen Fortschritt gegen den Vertrag erblicke, welcher früher mit Oesterreich abgeschlossen worden ist.

Abg. Miquel (gegen den Vertrag.) Einzelne Bestimmungen flößen große Bedenken ein, welche allerdings schließlich nicht abhalten werden, für den Vertrag zu stimmen. (Aha!) Auch er sei, wie er dem Abg. Mohl bemerke, für Freundschaft mit Oesterreich; dieselbe sei aber erst ermöglicht worden durch die Lösung des politischen Bandes. Wie wir früher von der Schwäche lebten und groß genug waren, um ausgenutzt zu werden, so leben wir heute von der Stärke. Redner geht die handelspolitische Entwickelung der verschiedenen Staaten durch und behauptet, daß sowohl die Bestrebungen der Schutzzöllner wie der Freihändler ihre Berechtigung bis zu einem gewissen Maaße haben. Die Grundlage der heutigen Bestrebungen müsse eine freihändlerische Tendenz haben. Schutzzölle dürfen nicht auf's Neue eingeführt werden, sie dürfen nur allmälig reduzirt werden und man müsse nicht Alles in Frage stellen und preisgeben, was bisher durch den Schutzzoll geschaffen sei. Er halte die Zeit noch nicht gekommen für eine eingreifende Tarifreform. — Abg. v. Delbrück erklärt, daß die Ermäßigung der Zölle, wie stipulirt, durchaus nothwendig gewesen sei. Der Entschluß sei ein ernster gewesen. Man habe sich nicht verhehlt, daß die Reduzirung der Leinenzölle verschiedene Interessen empfindlich berühren werde; dieselbe habe aber eingeführt werden müssen, wenn der Vertrag zu Stande kommen sollte. Redner berührt näher die Entwickelung unserer Leinen-Industrie. Die Regierung habe sich bei der Erwägung der Frage der Reduzirung des Zolles an die Handelskammern derjenigen Bezirke gewendet, in welchen die Leinen-Industrie vorherrschend. Alle haben sich für die Reduzirung ausgesprochen. (Hört!) Ebenso habe das Abgeordnetenhaus sich in einer früheren Session in demselben Sinne ausgesprochen. Solchen Thatsachen gegenüber sei Oesterreich die dringend begehrte Konzession gemacht. Es stehe keineswegs fest, daß die Zollsätze unverändert während der Dauer des Vertrags bestehen bleiben, aus dem Vertrage ergebe sich nur so viel, daß die Sätze nicht erhöht werden können. — Abg. Dr. Wild versucht, eine Rede zu verlesen, woran der Präsident ihn verhindert. Nach kurzer Auslassung verläßt derselbe die Tribüne. — Abg. Reibel (Würtemberg) [gegen den Antrag] hebt verschiedene Mängel des Vertrages hervor, ist aber sehr schwer verständlich. Er spricht hauptsächlich über den Zoll von Leinengarn, indem er die Interessen der Spinnereien und Webereien der besonderen Beachtung des Hauses empfiehlt. Er spricht sich sodann in sehr entschiedener Weise gegen die Konsumtionssteuer aus. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich bringe uns den deutschen Brüdern in Oesterreich nicht näher, sondern entfremde uns denselben vielmehr, da die arbeitenden Klassen bei uns in einzelnen Industriezweigen sehr benachtheiligt würden und hierdurch bei denselben der Haß gegen Oesterreich vermehrt wird. „Verwerfen wir, schloß Redner, also den Vertrag, der Nichts nützt und viel schadet".

Abg. Dr. Löwe (für den Vertrag): Der Herr Vorredner meint, daß der Handelsvertrag uns dem österreichischen Volke nicht näher bringe, da derselbe so nachtheilig auf unsere Industrie einwirken werde, daß der Haß der Bevölkerung gegen Oesterreich vermehrt werden würde. Bei mir und bei unserem Volke wenigstens kennt man keinen Haß gegen Oesterreich (Zustimmung), und ich bin sehr erstaunt, daß grade von den Herren, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir Oesterreich aus dem deutschen Bunde hinausgeschoben hätten, jetzt versucht wird, die handelspolitische Verbindung mit Oesterreich zu stören. (Beifall.) — Ich bin auch überzeugt, daß Oesterreich, wenn nicht grade dort wieder einmal tendenziös reaktionäre Politik getrieben werden sollte, sich nicht zur Feindschaft gegen uns hinreißen lassen wird; denn nur eine tendenziös reaktionäre Politik ist im Stande, Landes-Interessen Preis zu geben. Das jetzige Regierungssystem in Oesterreich aber giebt uns eine sichere Bürgschaft des Friedens; und ich erkläre es für eine Verleumdung gegen das liberale Ministerium in Oesterreich, als eine Verleumdung gegen die Gesinnung von Männern die mir nahe befreundet sind, wenn man behauptet, daß diese jetzt daran denken, den Frieden mit Deutschland zu brechen. (Beifall links.) Ich glaube allerdings, daß in Europa eine Kriegspartei existirt, und fürchte, daß wir durch unseren gestrigen Beschluß etwas gethan haben, was den Gegnern des europäischen Friedens gefallen mag. Die Kriegspartei in Frankreich gerade wird gestört in ihren Bestrebungen durch die große Freihandelsbewegung in Europa, die den Frieden befördert durch unseren gestrigen Beschluß, der dahin geht, der Schutzzollpartei in Frankreich das Material zu liefern, daß sie behaupten kann, wir wollten ihre Industrie schädigen, wenn wir sie dahin bringen, in Frankreich höhere Zölle zu verlangen und die Kriegspartei stärken. Den Herren aus dem Süden, die die Nothwendigkeit des Schutzes der Industrie durch Beispiele illustriren wollten, halte ich nur das Beispiel der Schweiz entgegen. Dort hat man niemals einen Schutzzoll gekannt, und doch haben sich die Spinnereien ganz vorzüglich entwickelt. Es ist übrigens wohl bemerkenswerth, daß der Vorredner den Herren Eisenzöllnern die Allianz der Garnzöllner zu gegenseitiger Unterstützung angeboten hat. Mit der Schutzzollpolitik, der Politik des geschlossenen Handelsstaates ist nicht zu hoffen, den Frieden dauernd zu erhalten; annähernd ist der Friede nur sicher unter großen Handelsbeziehungen zwischen den Staaten; dann werden sie sich wohl eher hüten, ihre Interessen durch einen Krieg zu schädigen. Der Herr Vorredner hat zum Beweis der Nothwendigkeit eines Schutzzolles auch an die Noth in den Ostprovinzen erinnert; er thut, als ob dort lauter Leinengarnspinnereien wären (Heiterkeit). In den Ostprovinzen ist das Eisen theurer, die Kleidungsstücke sind theurer und man muß dort sehr große Lasten tragen (Hört! hört!), denen die Herren im Süden sich bis jetzt noch entzogen haben; da ist es wohl natürlich, daß man dort nicht so vorwärts kommen konnte, wie die Anderen, die ein behagliches Leben bis jetzt geführt haben. Wenn man an einer Tarifreform beräth, so sollte man nicht eine Koalition der Interessenten der Eisenzölle und Garnzölle eingehen, sondern allein danach fragen, wie man die Armen so wenig wie möglich belasten und sie in den Stand setzen kann, ihre Bedürfnisse so leicht wie möglich zu befriedigen. Nach diesem System ist der vorliegende Vertrag geschlossen; er ist nur ein Glied aus der Kette des ganzen handelspolitischen Systems, in dem wir uns befinden.

Abg. v. Arnim (Heinrichsdorf) stellt den Antrag auf Schluß der Generaldebatte. — Gegen den Vertrag sind noch eingeschrieben die Abgg. Dr. Roßhirt (Baden) und Harkort, für denselben: Grumbrecht, Roß, Schulze, Heinrichs, v. Schweitzer, Metz, Camphausen (Neuß). — Der Schluß wird angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen. — Bei der nunmehr beginnenden Spezialdiskussion werden die Artikel des Vertrages mit den entsprechenden Correlaten des Schlußprotokolls zugleich behandelt. Bei Artikel 3 geht Abg. Camphausen (Neuß) auf die Leinengarn-Spinnerei speziell ein, ohne die endlose Unterhaltung über Schutzzoll und Freihandel erneuern zu wollen und versichert, daß, wo eine Spinnerei etablirt werde, die Engländer die Maschinen nicht etwa aus Gnade widerwillig überließen, sondern eifrig um die Ausübung dieser Gnade konkurrirten. — Alsdann werden die Zollsätze für die Einfuhr aus dem Zollvereine nach Oesterreich und umgekehrt durch Aufzählung der Nummern zur Diskussion gestellt. Bei Artikel 6 (Eisen und Stahl) spricht Abg. Grumbrecht über den Kollegen Mohl, den er schon seit 20 Jahren kenne und mit dem er sich von jeher gezankt habe über Politik, Zölle u. s. w.; Mohl sei immer ein schlechter Prophet gewesen. (Wiederholter Ruf: zur Sache! Roheisen!) Redner geht unter stürmischer Heiterkeit des Hauses abwechselnd von Eisen auf Mohl über und zurück, so daß der Präsident ihn nicht weiter stören kann. — Abg. Meier (Bremen) bekennt sich als einen der von Mohl gekennzeichneten Hunnen und Vandalen, zugleich aber auch als einen der „ruinirten" Hochöfner. Die Seeplätze, und speziell der Redner, konkurrirten mit deutschem Roheisen auf englischen Märkten und zwar mit Erfolg. Dabei werde dies Eisen nicht als Ballast auf Segelschiffen exportirt, sondern vertrüge sogar die Kosten des Transports auf Dampfschiffen. Der Eingangszoll von 5 Sgr. pro Centner (bisher 7½) werde einzelne kleine Etablissements allerdings zum Stillstand zwingen, oder die Produktion anderer einschränken; aber auf deutsche Kraft, Intelligenz und Kapital könne man vertrauen, daß die Eisenindustrie auch die Herabsetzung des Zollsatzes überwinden werde. — Abg. Schäffle (Würtemberg) tritt den Anschauungen Mohls entgegen, ohne an dieser Stelle gegen einen Mann polemisiren zu wollen, der, wenn auch sein Antipode, sein Leben dem Staat und der

Oeffentlichkeit gewidmet habe. Das Resultat seiner Studien (Redner ist Professor der Staatswissenschaften io Tübingen) sei, daß die deutsche Eisenindustrie kräftig genug sei, die Konkurrenz des Auslandes auch bei 5 Sgr. zu bestehen. Der Versammlung werde es von Interesse sein, eine so abweichende Stimme aus Süddeutschland zu hören. — Abg. v. Schloer (bairischer Handelsminister): Der Vertrag mit Oesterreich gehe bis an die Grenze der Existenzfähigkeit der deutschen Eisenindustrie, die des Schutzes niemals ganz werde entbehren können, da keine bergmännische Intelligenz den Nachtheil gegen England auszugleichen vermöge, wo Kohle und Eisen unmittelbar nebeneinander lägen. Unter den Satz von 5 Sgr. hinuntergehen, würde die deutsche Eisenindustrie mit Vernichtung bedrohen.

Die Diskussion über diese Position wird um 3¼ Uhr geschlossen und die Sitzung bis Montag 10 Uhr vertagt. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.)

Ausland.

Wien, 8. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat sich gestern fast einstimmig für Freigebung der Advokatur entschieden. Vor sechs Jahren hatte die Regierung den entsprechenden Antrag des Abgeordnetenhauses abgelehnt; diesmal empfahl der Justizminister dem Hause auf das Dringendste die A. nahme der Regierungsvorlage und erklärte, daß die Regierung gerne auf das bischen politischen Machteinflusses, den ihr die Ernennung der Advokaten gewähre, verzichte, um auch auf diesem Gebiete die Freiheit der geistigen Thätigkeit zur Geltung zu bringen. Ein Antrag, die Entscheidung zu vertagen, wurde nur von zwei Stimmen unterstützt. Bei §. 2 wurde der Versuch gemacht, die zur Advokatur erforderliche Praxis von sieben auf fünf oder wenigstens sechs Jahre herabzusetzen, jedoch ohne Erfolg.

— Die polenfreundliche „Debatte" findet in ihrer Besprechung der Londoner Rede des Fürsten Czartoryski, daß dessen B.rechnung der politischen Lage Europa's und die Bedeutung, welche der Fürst in diesem Cacul dem Faktor Polen zuweist, vollkommen richtig sei. Sie hütet sich aber wohlweislich, auf das Detail dieses Calculs einzugehen.

— Herr v. Beust hat das Bett verlassen und allen ärztlichen Anordnungen zum Trotz wieder gearbeitet, unter Anderen mit Herrn v. Meysenbug.

Wien, 9. Mai. Der „Constitutionnel" enthält einen Artikel zur Vertheidigung des Budgets des Kriegsministeriums, in welchem es heißt: Die außergewöhnlichen Ausgaben erscheinen durch die vorgenommene Vervollkommnung geboten, die laufenden Ausgaben haben nicht in augenblicklichen Vorurtheilen, sondern in der bessern Organisation der Armee ihren Grund. Ist es klug und nothwendig, daß man ein Jahr warte, um seine Truppen auf den Kriegsfuß bringen zu können, während gegenwärtig die benachbarten Mächte überall im Stande sind, dieses Resultat in 14 Tagen zu erhalten? Der Grundgedanke des neuen Militärgesetzes ist, die stehende Armee nicht zu vergrößern, aber große Reserven zu halten. Die Nation weiß dies und wird im Falle einer Gefahr bereit sein, jedem Angriff Widerstand zu leisten. Nur vermittelst der neuen Armee-Organisation wird eine Entwaffnung durch eine Verringerung der Ausgaben möglich werden, ohne daß die Schlagfertigkeit der Armee darunter leidet. Auf die Vortheile der preußischen Reserve hinweisend, äußert der „Constitutionnel" weiter: Die Regierung hat ein ähnliches Ziel durch das Militärgesetz erreichen wollen, welches ihr 400,000 Mann unter Waffen, 80,000 Mann Beurlaubte und 270,000 Ma n Reserve verschaffen wird. Im Ganzen werden also 750,000 Soldaten in 10, die Reserve in 12 Tagen zusammengezogen werden können. Es wird genügen, die Zahl der Beurlaubten zu vermehren, um Ersparungen eintreten zu lassen. Zunächst muß indeß die Reserve noch gebildet werden, und erst in 5 Jahren wird sie ihren Effektivbestand erreichen, welcher mit Rücksicht auf die Bevölkerung geringer ist als in Deutschland. Der Kriegsfuß dee Armee im norddeutschen Bunde beträgt 934,000 Mann, in Frankreich 750,000 Mann.

— Die „France" schreibt: Das Gerücht, daß Preußen eine Uebereinstimmung mit Oesterreich in Betreff der schleswigschen Frage herbeizuführen suche, findet in politischen Kreisen keinen Glauben. — Dasselbe Blatt schreibt ferner: Die preußische Regierung hat aus eigenem Antriebe die Bestimmung getroffen, daß die Besatzung der Festung Mainz künftig zur Hälfte aus preußischen und zur Hälfte aus hessischen Truppen bestehen solle. „Dieses Faktum, welches dahin zielt, die preußische Besatzung in Hessen zu verringern, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr bedeutungsvoll."

— Der französische Gesandte in Florenz, Baron Malaret, wird heute zur Feier der Hochzeit seiner Tochter hier erwartet.

Wien, 9. Mai. Der Budget-Ausschuß hielt heute Sitzung. Derselben wohnten fast sämmtliche Minister bei. Abgeordneter Skene trug den bereits bekannten Generalbericht vor. Der Finanzminister erklärte sich mit den Ausführungen des Sub-Comité's nicht einverstanden. Das dreijährige Defizit könne nur auf 150 Millionen veranschlagt werden, woraus sich die Möglichkeit ergebe, zu einem defizitlosen Budget zu gelangen. Ein einjähriges Provisorium würde den nachtheiligsten Einfluß auf den Kredit ausüben. Ueber eine zwangsweise Staatsschulden-Konversion in Verhandlung zu treten, wolle die Regierung nicht von vorn herein ablehnen. Sie wolle gern anstatt einer Vermögenssteuer eine Personal-Klassensteuer in Erwägung ziehen; in diesem Falle würde jedoch eine Erhöhung der Steuern in Jahresfrist nothwendig werden. Abgeordneter Hopfen erklärt: Die Unifikation der Staatsschuld werde gegenwärtig nicht als unbedingt nothwendig gefordert. Eine Einkommensteuer, verbunden mit Klassensteuer, könne eine dauernde Vermehrung der Staats-Einnahmen um 12 Millionen herbeiführen. Abgeordneter v. Winterstein betont, daß das politische Moment maßgebend sei. Das Volk müsse zu Opfern bereit sein, die Besitzer von Staatspapieren seien nicht zu schonen und man könne sich nicht daran stoßen, wenn man nicht zu radikal vorgehen wolle; die zwangsweise Regelung des Staatsschuldenwesens dürfe nicht aufgeschoben werden. Redner erklärte sich gegen die Vermögenssteuer und für eine dreijährige, gleichmäßige Belastung der Staatsgläubiger.

Wien, 9. Mai. Ein Konsortium unabhängiger Bankaktionäre hat dem Bank-Gouverneur Reorganisationsvorschläge in vier Schriftstücken überreicht, welche sich auf die Frage der Statutenänderung, sowie auf eine neue Uebereinkunft zwischen der Bank und der Staatsverwaltung beziehen.

Genf, 9. Mai. Der Kronprinz von Preußen ist hier um 9 Uhr Abends eingetroffen. Die Abreise von Florenz erfolgte gestern Morgens 5 Uhr. Sämmtliche Prinzen der Königlichen Familie waren zum Abschiede auf dem Bahnofe. Auf der Reise nach Genua machte der Kronprinz einen Besuch in Spezzia. In Genua, wie überall, enthusiastischer Empfang seitens der Bevölkerung. Die Garnison sollte vor dem Prinzen defiliren; die den Prinzen mit lauten Freudenbezeugungen umgebende Volksmenge ließ es jedoch zu einem geordneten Defilé nicht kommen. Heute früh besuchte der Prinz die Arbeiten am Tunnel des Mont-Cenis. Die Weiterreise nach Baden-Baden erfolgt Morgen 10 Uhr Vormittags.

Paris, 10. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin, welche gestern in der Oper erschienen waren, haben sich heute nach Orleans begeben.

London, 9. Mai. Es wird in gut unterrichteten Kreisen neuerdings behauptet, der Ministerrath habe beschlossen, im Falle eines Mißtrauensvotums durch eine Auflösung des Parlamentes zu antworten.

Petersburg, 9. Mai. Wie versichert wird, soll eine sofortige Wiederbesetzung des durch die Versetzung des Grafen von Stackelberg nach Paris erledigten Gesandtenpostens in Wien nicht stattfinden und sollen die Geschäfte vorläufig durch den Legations-Rath Freiherrn v. Uxkull-Güllenband als Geschäftsträger fortgeführt werden. Auch Graf Revertera, der bisherige österreichische Gesandte am russischen Hofe, wird vorerst nur durch einen Geschäftsträger ersetzt.

Bukarest, 9. Mai. Fürst Karl hat, nachdem er auf seiner Reise durch die Moldau die Ueberzeugung gewonnen, daß im Distrikt von Bakéo Gewaltthätigkeiten gegen Israeliten wirklich stattgefunden haben, sofort nach seiner Ankunft hier die strengsten Maßregeln gegen die Schuldigen anbefohlen. Der Präfekt Lecca ist seines Amtes entsetzt, eine große Anzahl Beamter und Einwohner des Distrikts Bakéo, welche sich Gewaltthätigkeiten gegen Juden haben zu Schulden kommen lassen, sind deshalb in Anklagezustand versetzt, die Nationalgarde von Bakéo ist aufgelöst worden. Es sind im Uebrigen alle Maßregeln ergriffen, um den Israeliten die vollste Garantie für die Zukunft zu geben.

Alexandria, 9. Mai. Es wird als offiziell mitgetheilt, daß der Vicekönig auf Ansuchen der egyptischen Kammer den Gedanken an eine im Auslande aufzunehmende Anleihe aufgegeben habe. Morgen soll die Vorlage und wahrscheinlich auch die Veröffentlichung eines nach allen Seiten hin zufriedenstellenden Budgets erfolgen. Es sind höchst achtungswerthe Maßnahmen getroffen, um allen Anforderungen zu entsprechen und wird die Aufnahme einer National-Anleihe in Berathung gezogen. Ein großer Theil der Anleihe ist bereits durch die Betheiligung der hauptsächlichsten türkischen Kapitalisten gedeckt worden.

Washington, 9. Mai. Das Haus der Repräsentanten hat mit 110 gegen 32 Stimmen die Bill angenommen, welche den Staat Arkansas zur Vertretung im Kongreß zuläßt.

Pommern.

Stettin, 11. Mai. Mit dem Abbruch des alten Hauptwachtgebäudes, dessen Umbau in der beabsichtigten Weise dem Herrn Baumeister Francke für 11,400 Thlr. in Enteprise gegeben, wird morgen begonnen werden.

— Der Herr Justiz-Minister hat den Gerichtsbehörden der Landestheile, in welchen die Hypotheken-Ordnung von 1783 gilt, durch Verfügung vom 4. d. M. eröffnet, daß die Vorschrift des Königlichen Erlasses vom 28. November 1809, welche den Erwerb von adeligen Rittergütern und Domänen-Vorwerken durch Ausländer an die Ertheilung einer besonderen Erlaubniß des Ministers des Innern knüpft, auf nichtpreußische Angehörige des norddeutschen Bundes keine Anwendung mehr findet. Durch diese Bestimmung wird jedoch die gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung des Huldigungseides nicht berührt, und es sind die Angehörigen des norddeutschen Bundes in gleicher Weise wie die Preußen, in Gemäßheit der 1842 ergangenen Verfügung, zu dessen Ableistung anzuhalten. Obige Anordnung ist mit Rücksicht auf den Art. 3 der norddeutschen Bundesverfassung und den §. 1 Nr. 2 des Bundes-Freizügigkeitsgesetzes vom 1. N.vember 1867 ergangen und durch dieselbe auch der Allerhöchste Erlaß vom 15. Februar 1858 außer Anwendung gesetzt worden, welcher die Bedingung aufstellte, daß der nichtpreußische Besitzer des Gutes die mit demselben verbundenen ständischen Rechte, namentlich die Theilnahme an den Kreistagen, nur durch einen Preußen als Stellvertreter, und zwar aus der Zahl der zur persönlichen Ausübung ständischer Rechte befähigten Rittergutsbesitzer ausüben durfte.

— Wie wir hören, soll trotz der von Seiten des Herrn Oberpräsidenten warm befürworteten Petition einiger Bewohner der Neustadt in Betreff des Arsenal resp. Kasernenbaues vom General-Kommando des II. Armeekorps der Bescheid eingegangen sein, daß es bei dem beschlossenen Kasernenbau verbleiben müsse, da anderweite gesunde Bauplätze nicht vorhanden seien. Das betreffend. Gebäude werde jedoch der Umgegend entsprechend in seinem Baustyle gehalten werden.

— Bekanntlich bringt die Beschränkung des Postdienstes an den Sonn- und Festtagen für den Kaufmann große geschäftliche Nachtheile mit sich. Wie die „Post" aus sicherer Quelle erfährt, hat man sich von verschieden Seiten, um endlich eine Abhülfe zu erlangen, mit einer Vorstellung um Verlängerung des Postdienstes wenigstens an den Sonntagen auf das für den Handelsverkehr unentbehrliche Maß an das Kanzleramt des norddeutschen Bundes gewandt.

— Um die Heranbildung tüchtiger Kräfte für den Unteroffizierstand der norden Bundesmarine zu fördern, soll auf eine Erweiterung der Schiffsjungen-Abtheilung in Kiel (analog den Unteroffizierschulen für das Landheer) Bedacht genommen werden. Die Aufnahme junger Leute in das Institut wird bei sonst geeignetem körperlichen Zustande bedingt durch ein Lebensalter nicht unter 14 und nicht über 17 Jahre. Die Dienstpflicht für vollständig genossene freie Ausbildung ist auf 12 Jahre festgesetzt. Während der ersten beiden Dienstjahre können jedoch Eingestellte auf Reklamation ihrer Angehörigen wieder zur Entlassung kommen.

— In den Tagen vom 5. Mai bis inkl. 9. Mai wurden hier an Getreide eingeführt: 2579 Wspl. 9 Scheffel Weizen, 2106 Wspl. 10 Schffl. Roggen, 1702 Wspl. 15 Schffl. Gerste, 398 Wspl. 21 Schffl. Hafer, 724 Wspl. 14 Schffl. Erbsen, 784 Wspl. 11 Schffl. Kartoffeln.

— Gestern Nachmittag wurde in einem abgelegenen Theile des Gehölzes auf dem Julo die an einem Baume hängende Leiche des bisherigen Kandidaten der Theologie und bisherigen Hauslehrers Gustav J. von hier aufgefunden und nach dem Stolzenhagener Leichenhause geschafft. Muthmaßlich hat J. sich bereits vorgestern spät Abends erhängt, denn zwischen 8 und 9 Uhr ist derselbe noch bei dem Förster auf dem Julo gewesen und hat dort ein reichliches Abendessen zu sich genommen. U.ber das Motiv zum Selbstmorde ist Bestimmtes nicht bekannt.

— In dem von der Oder nach dem Dammschen See führenden Kanal, vis-à-vis der Maschinenbau-Anstalt Vulcan bei Bredow, ist gestern eine unbekannte männliche Leiche gefunden worden.

— Die Ehegattin des Kaufmanns K. wurde vorgestern Nachmittag auf dem Flur des von ihr bewohnten Hauses Königsplatz Nr. 5 von einem jungen Manne von kleiner Gestalt mit dunklem Schnurbart angehalten und unter gefährlichen Drohungen einer braunlakirten, mit Silber ausgelegten kleinen Schachtel, in der sich etwa 2 Thaler befanden, beraubt.

— Während sich der in der Reifschlägerstraße wohnhafte Partikulier W. vor einigen Tagen Nachmittags in seinem vor dem Königsthore belegenen Garten aufhielt, wurde demselben unbemerkt ein fast neuer dunkler Ueberzieher, den er dort abgelegt hatte, gestohlen.

— Der bei dem Handelsmann Berknagel auf Grünhof konditionirende Knecht Wilhelm Kuntzmann hat sich der Unterschlagung von 6 Thlr., die er von seinem Prinzipal zum Einkauf von Seife erhielt und außerdem von 2 Thlr., die er für verkaufte Streichhölzer eingenommen, schuldig gemacht und ist deshalb verhaftet.

Literarisches.

— Kürzlich ist in 9ter Auflage der vollständige „Zeitungs-Katalog" der Herren Haasenstein & Vogler zu Hamburg, Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig, Basel und Wien herausgegeben worden. Wir haben denselben einer genauen Prüfung unterworfes und gefunden, daß er an Vollständigkeit und Genauigkeit allen bisher in diesem Fache Erschienene übertrifft. Für Deutschland, Oesterreich und die Schweiz sind jeder Provinz besondere Karten beigedruckt, welche dazu dienen, die geographische Lage der im Verzeichnisse als Domizile von Zeitungen angeführten Orte zu ve.anschaulichen; bei jeder Zeitung befindet sich der Inseratenpreis per Zeile, die Angabe des Erscheinens, sowie die Auflage ꝛc. Die genannte Firma hat sich überhaupt dem Annoncenwesen mit besonderem Eifer gewidmet, und nicht ohne Grund. Denn wer heutzutage nicht annoncirt, bleibt vergessen und unbeachtet. Ueberall, selbst aus den fernsten Gegenden, tritt den solidesten Geschäften und Etablissements Konkurrenz engegen, die nur durch vorzüglichere Leistungen, sowie durch die Bekanntmachung dieser Leistungen und der vortheilhafteren Preise überwunden werden kann. Und wie sehr wird dem Publikum das Annonciren jetzt nicht erleichtert! Wer heutzutage in der Nähe und Ferne annonciren will, und wenn es auch in 1000 Zeitungen sein müßte, kann sich der Mühe überheben, an jede besonders zu schreiben, braucht nicht tausendfaches Porto für die Bestellung auszulegen, und kann auf eine ganz einfache Weise und in einer einzigen Summe seine Inseratengebühr entrichten, indem er sich an ein solides Annoncen-Bureau wendet, das ihm wegen des bedeutenden Auftrages vielleicht gar noch Extra-Vortheile gewährt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Mai. Witterung: schön und leicht bewölkt. Temperatur + 14° R. Wind: S.

Weizen niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 97—102 Rt., bunter 96-101 Rt., ungarischer 88—95 Rt., geringer 83—87 Rt., weißer 102—107 Rt. bez., per 83—85pfd. gelber Mai-Juni $96\frac{1}{2}$, $95\frac{1}{2}$ Rt. bez., 96 Gd., Juni-Juli 94, 93 Rt. bez., Br. u. Gd., Sept.-Oktober 79 Rt. bez. u. Br.

Roggen Termine weichend, Schluß fester, loco gut gefragt, pr. 2000 Pfd. loco 59—$65\frac{1}{2}$ Rt., pr. Mai-Juni $61\frac{1}{2}$, $59\frac{3}{4}$, $60\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli do., Juli-August 58 Rt. Br., $57\frac{1}{4}$ Gd., September-Oktober $56\frac{1}{2}$ Rt. nom.

Gerste schwer verkäuflich, per 1750 Pfd. loco schles. u. mährische $49\frac{1}{2}$—$51\frac{1}{2}$ Rt.

Hafer behauptet, per 1300 Pfd. loco $35\frac{1}{2}$—37 Rt., 47—50pfd. per Juni-Juli $36\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Erbsen Futter- 60—63 Rt., feinere 65—67 Rt., Koch- 68—70 Rt.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Mai-Juni 10 Rt. Br., $9\frac{5}{6}$ Rt. Gd., August-Septbr. $10\frac{1}{12}$ Rt. Gd., September-Oktober $10\frac{1}{6}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus matt, Schluß fest, loco ohne Faß $18\frac{3}{4}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., Mai-Juni $18\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli $18\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$, 19 Rt. bez., Juli-August $19\frac{1}{8}$ Rt. Br., August-Septbr. $19\frac{1}{2}$ Rt. bez., $\frac{7}{12}$ Rt. Br., Septbr.-Oktober $18\frac{1}{2}$, $\frac{5}{12}$ Rt. bez.

Angemeldet: 50 Wspl. Hafer, 30,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen $96\frac{1}{2}$, Roggen 60, Hafer 37, Rüböl $9\frac{11}{12}$, Spiritus $18\frac{1}{2}$.

Berlin, 11. Mai, 2 Uhr 11 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $137\frac{1}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{5}{8}$ Gd. Oesterr. National-Anleihe $54\frac{5}{8}$ Gd. Pomm. Pfandbriefe 86 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $186\frac{1}{2}$ bez. Amerikaner $76\frac{3}{8}$ bez.

Weizen pr. Mai $86\frac{1}{2}$ bez. u. Br. Roggen pr. Mai $58\frac{3}{8}$, $59\frac{3}{4}$ bez., Mai-Juni $58\frac{3}{4}$, $59\frac{3}{4}$ bez., Juni-Juli $58\frac{3}{4}$, $59\frac{1}{2}$ bez. Rüböl loco $10\frac{1}{12}$ bez., Mai-Juni 10 bez. u. Gd., Sept.-Oktober $10\frac{7}{24}$ bez. Spiritus loco $18\frac{5}{8}$ bez., Mai-Juni $18\frac{5}{8}$, $\frac{3}{4}$ bez., Juni-Juli $18\frac{3}{4}$, $\frac{7}{8}$ bez., Juli-August $19\frac{1}{12}$, $\frac{1}{6}$ bez.

Stettin, den 11 Mai

Hamburg ···	6 Tag.	$151\frac{1}{2}$ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„ ···	2 Mt.	$150\frac{7}{8}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	$143\frac{5}{8}$ bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London ·····	10Tag.	6 $24\frac{3}{4}$ bz	Pr. National-V.-A.	4	—
„ ·····	3 Mt.	6 $23\frac{3}{4}$ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris ·····	10 Tg.	$81\frac{5}{12}$ bz	Pomerania ········	4	115 B
„ ·····	2 Mt.	$81\frac{1}{12}$ B	Union ···········	4	105 G
Bremen ···	3 Mt.	—	St. Speicher-A. ···	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A. ···	5	—
Wien ·······	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
„ ·······	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle ·······	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„	4	—	Neue Dampfer-C. ··	4	93 B
„ Rentenb.	4	—	Germania ·······		$100\frac{1}{2}$ B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan ·········		—
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ··	$4\frac{1}{2}$	108 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ··	5	—
St. Stadt-O. ·	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{3}{4}$ G			—